

FDP Mainhausen

—

Kommunalwahlprogramm

2021

—

Mutig.

Modern.

Mainhausen.

INHALT

PRÄAMBEL	3
1. UNSERE MOBILITÄTSGARANTIE FÜR MAINHAUSEN	4
1.1. EIN ANSCHLUSS UNTER DIESER NUMMER: 63533 BRAUCHT BUS, BAHN UND BATTERIEN	4
1.2. NEUE WEGE GEHEN – UND AUF IHNEN FAHREN: RADWEGEAUSBAU JETZT!.....	6
2. PER APP AUFS AMT – DAS RATHAUS ALS MODERNER DIENSTLEISTER	7
2.1. WO STEHT DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG 2021?	7
2.2. WIE SOLL DAS RATHAUS MAINHAUSEN DER ZUKUNFT AUSSEHEN?.....	8
2.3. DER BÜRGER IM MITTELPUNKT.....	9
2.4. RATHAUSNEUBAU.....	10
2.5. UNSERE VISION: DAS RATHAUS ALS MODERNER DIENSTLEISTER.....	11
3. GESUCHT: EIN WIRTSCHAFTSFÖRDERER (M/W/D) FÜR MAINHAUSEN	12
3.1. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG AUS EINER HAND – DIE GEMEINDEVERWALTUNG ALS PARTNERIN DER UNTERNEHMEN.....	12
3.2. FÜR EINE HAUSHALTPOLITIK, DIE RECHNEN KANN	14
4. VEREINT FÜR VEREINE UND KULTUR – MIT UND NACH CORONA	15
4.1. KOMMUNALE VEREINSFÖRDERUNG: FAIR UND FINANZIELL VERANTWORTBAR.....	15
5. SENIOREN WOLLEN SELBSTBESTIMMUNG	17
5.1. DIGITALE MEDIENBILDUNG FÜR EIN MODERNES MITEINANDER	17
6. MODERNE KITAS UND SCHULEN FÜR BESTE CHANCEN	19
6.1. BILDUNG FÜR ALLE GENERATIONEN	19
6.2. KINDERTAGESSTÄTTENAUSBAU IN MAINHAUSEN: KLUG PLANEN, LANGFRISTIG NUTZEN	19
6.3. BETREUUNGSEINRICHTUNGEN SIND BILDUNGSEINRICHTUNGEN.....	20
6.4. WAS DIE SCHULPOLITIK AUS DER PANDEMIE LERNEN MUSS	21
6.5. UNSERE AUFGABE ALS GEMEINDE: KREIS- UND SCHULUMLAGE KRITISCHER PRÜFEN	21
7. UMWELTENGAGEMENT KOMMUNAL? NATÜRLICH LIBERAL	24
7.1. LIBERALE KLIMAPOLITIK.....	24
7.2. DER WALD ALS LEBENSGRUNDLAGE MAINHAUSENS	25

Präambel

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die diesjährige Kommunalwahl fällt in eine Zeit, die von tiefen Einschnitten für uns alle geprägt ist. Ein selbstbestimmtes Leben war und ist seit Beginn der Corona-Pandemie nur schwer möglich. Viele von uns können ihrem Beruf, ihrer Ausbildung oder ihrem Studium nicht wie gewohnt frei nachgehen. Das Vereinsleben ist zusammengebrochen. Zusammenkünfte wurden verboten.

Wir Freie Demokraten in Mainhausen wollen mit neuem Mut und neuer Zuversicht aus der Corona-Krise kommen. Mainhausen hat alle Chancen. Mainhäuser sind mutig. Mainhausen hat dank Glasfaser endlich eine moderne Infrastruktur. Lassen Sie uns dies vereinen und Mainhausen noch innovativer machen. Mit Ihrer Stimme für die FDP. Denn Zukunft braucht Verbündete.

Liberaler Kommunalpolitik heißt für uns: Mehr Mut. Für ein modernes Mainhausen.

Wählen Sie deshalb bis 14. März 2021 die Freien Demokraten – FDP Mainhausen.

1. Unsere Mobilitätsgarantie für Mainhausen

Die Gemeinde Mainhausen zählt inzwischen nahezu 10.000 Einwohner und wird in den kommenden Jahren, vor allem durch Neubaugebiete, weiter wachsen. Daher ist es notwendig, dass vor allem schulpflichtige Kinder und Pendler mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gute und verlässliche Alternativen haben, um Schule und Arbeitsplatz zu erreichen. Wir Freie Demokraten betonen zugleich ausdrücklich, dass Mainhausen eine Pendler-Gemeinde ist, die mit Sicherheit noch lange auf die Auto-Mobilität angewiesen ist.

1.1. Ein Anschluss unter dieser Nummer: 63533 braucht Bus, Bahn und Batterien

Der derzeitige Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss mit unserer Kommune mitwachsen. Wir Freie Demokraten wollen ihn dahingehend entwickeln, dass er effizient, bedarfsgerecht und zielgerichtet eingesetzt werden kann. Beispielsweise fährt außerhalb der morgendlichen und mittäglichen Stoßzeiten der Großteil der Busse mit einer unterdurchschnittlichen Auslastung – dies ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Deshalb wäre es ratsam und zu prüfen, ob außerhalb der Stoßzeiten kleinere Busse, Shuttle Services oder gar eine Art „Bürgerbus“ zur Verfügung gestellt werden können. Auch den Hopper möchten wir attraktiver machen und seine Einbindung in das Verkehrsangebot vereinfachen.

Die FDP Mainhausen möchte das bereits bestehende Car-Sharing-Angebot proaktiv bewerben und dessen Attraktivität durch rege Nutzung ausweiten. Zudem wollen wir den Mainhäuser Bahnhof im Ortsteil Zellhausen in die Buslinien integrieren, dadurch interessanter gestalten und die Nutzungsfrequenz erhöhen. Diese Ideen und Forderungen sollen das bestehende ÖPNV-Angebot nicht ablösen, sondern vielmehr dazu beitragen, die gesamte Verkehrsinfrastruktur in Mainhausen zu verbessern.

Wir unterstützen nachdrücklich die Pläne der FDP Seligenstadt, den Bahnhof Mainhausen-Zellhausen im Rahmen der neuen Regionaltangente Süd an eine neue S-Bahn-Linie anzuschließen. Denn mit dem Neubaugebiet „Zellhausen-Süd“ ziehen viele neue und vor allem junge Bürgerinnen und Bürger in unsere Gemeinde. Als Pendlerkommune wird ein eigener Anschluss an das S-Bahn-Netz im Rhein-Main-Gebiet dadurch umso dringlicher. Mit der Regionaltangente soll der bestehende Bahnhof Mainhausen-Zellhausen um einen eigenen S-

Bahn-Anschluss erweitert werden. Über Stationen im Westring Seligenstadt, in Froschhausen und Weiskirchen erhält Mainhausen somit einen direkten Bahnanschluss an den Rodgau, den Hauptbahnhof Offenbach, den Flughafen Frankfurt sowie die Frankfurter Innenstadt. Zugleich verbessert sich die Bahnverbindung nach Babenhausen und dadurch in Richtung Aschaffenburg. Für einen zeitigen Baubeginn müssen wir schon jetzt die Grundlagen legen: Die Planungen der Stadt Frankfurt, den Fernverkehr neu zu gestalten, sind bereits weit vorangeschritten. In diesem Zusammenhang wird auch der Regionalverkehr im Kreis Offenbach neu geordnet. Mainhausen sollte sich daher frühzeitig an entsprechenden Planungen beteiligen und gemeinsam mit der Stadt Seligenstadt dafür werben, die Regionaltangente Süd entlang der bestehenden Bahnstrecke Mainhausen-Zellhausen zu bauen.

Das Auto wird weiterhin für die Einwohner Mainhausens ein zentrales Verkehrsmittel bleiben. Es ist absehbar, dass vor allem elektrisch oder hybrid betriebene Fahrzeuge bei der Verkehrswende in Deutschland eine wesentliche Rolle spielen werden. In den vergangenen Jahren hat die Gemeinde Mainhausen bereits einige Elektrofahrzeuge in den gemeindeeigenen Fuhrpark aufgenommen. Doch trotz der Unterstützung durch Energieanbieter konnten bislang nur wenige öffentliche E-Ladesäulen installiert werden. Die Gemeinde muss diesen Weg unbedingt fortführen und erweitern. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb dafür ein, die Elektromobilität zu stärken und die dazugehörige Infrastruktur auszubauen. Unser Ziel muss sein, Lärmbelastigungen zu mindern, den Schadstoffausstoß zu verringern und den Pendlerort Mainhausen zeitgemäß und zukunftssicher zu gestalten.

Dafür soll die Gemeinde bereitgestellte Fördermittel des Bundes abrufen, um unsere Vorschläge zeitnah umzusetzen. Wir wollen zusätzliche E-Ladesäulen an geeigneten Plätzen errichten und in beiden Ortsteilen je eine „E-Tankstelle“ bauen. Die E-Tankstellen zeichnen sich durch Parkplätze mit Überdachung aus, auf denen Solaranlagen Strom erzeugen. Dieser kann dann über „normale“ oder Schnellladesäulen in Elektro-/Hybridfahrzeuge eingespeist werden. So wird Mainhausen zu einem eindrucksvollen Vorreiter in Sachen Elektromobilität. Unabhängig davon müssen wir grundsätzlich auch Zukunftstechnologien wie z. B. Wasserstoffantriebe im Auge behalten.

1.2. Neue Wege gehen – und auf ihnen fahren: Radwegeausbau jetzt!

Auch das Fahrrad hat nicht zuletzt aufgrund der großen Beliebtheit von E-Bikes stark an Attraktivität gewonnen. Sowohl für Pendler als auch für Touristen wird das Fahrrad immer bedeutender. In unserem Mobilitätskonzept fordern wir Freie Demokraten deshalb, die vorhandenen Radfahrwege am Main zu verbreitern und Fuß- und Radwege voneinander zu trennen. Damit fördern wir auch die Verkehrssicherheit auf dem Mainradweg. Übersichtliche Leitsysteme und Beschilderungen sollen die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde generell dazu anregen, die Radwege mehr zu nutzen.

Alle Rad- und Fußgängerwege sind stets in einem einwandfreien Zustand zu halten und, wo nötig, zu erweitern. Die Gemeinde soll Anregungen und Kritik der Nutzer und Anwohner über Kontaktformulare entgegennehmen. Diese Formulare können mit den Grundsteuerbescheiden verschickt oder im Bürgerhaushalt aktiv angesprochen werden.

Das Ziel der FDP Mainhausen ist klar: Wir möchten die Verkehrsinfrastruktur der Gemeinde Mainhausen bedarfsgerecht und modern aufstellen. Wir denken Mobilität ganzheitlich und technologieoffen, um allen Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Die Gemeinde muss sich an die unterschiedliche Verkehrsnutzung, veränderte Gewohnheiten und klimapolitische Notwendigkeiten anpassen.

Um Mainhausen voranzubringen und attraktiv zu gestalten, müssen wir daher bereits heute an morgen denken und die Verkehrswende einleiten –
Wir machen Mainhausen mobil.

2. Per App aufs Amt – das Rathaus als moderner Dienstleister

Mit dem neuen leistungsfähigen Glasfasernetz lassen sich endlich moderne Ansätze der Kommunalverwaltung für Mainhausen verwirklichen.

2.1. Wo steht die öffentliche Verwaltung 2021?

Die Digitalisierung der Verwaltung bietet für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für das Verwaltungspersonal, zahlreiche Möglichkeiten, amtliche Vorgänge zu vereinfachen. Viele Verwaltungsvorgänge lassen sich digitalisieren – auch trotz des bestehenden Datenschutzes, der 2018 mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) nochmals erhöht wurde. Viel zu häufig lässt sich beobachten, dass der Datenschutz als Vorwand genutzt wird: Angeblich unüberwindbare datenschutzrechtliche Hürden werden genannt, um ein Digitalisierungsvorhaben auszubremsen oder gar nicht erst in Angriff zu nehmen. Wir Freie Demokraten wollen umdenken und den digitalen Umbau der Verwaltung entschieden angehen.

Deutschland ist im europäischen Vergleich ein Nachzügler bei der Umsetzung digitaler Verwaltungsanwendungen. Einer Erhebung der EU zufolge liegt Deutschland bei der Digitalisierung der Verwaltung auf Platz 21 und damit weit unter dem europäischen Durchschnitt. Kleinere Länder wie Malta, Finnland, Estland oder Dänemark haben hier die Nase vorn. Unzählige Behördengänge entfallen dank vieler Online-Angebote.

Wir müssen daran arbeiten, unseren Rückstand aufzuholen. Deutschland ist ein Hochtechnologieland und hat eine Verwaltung verdient, die diesem Status gerecht wird. Dies gilt nicht nur für den Bund, die Länder und den Kreis, sondern auch für die Kommunen. Hier müssen alle an einem Strang ziehen. Was in Malta geht, muss auch in Mainhausen möglich sein.

2.2. Wie soll das Rathaus Mainhausen der Zukunft aussehen?

Es ist von zentraler Bedeutung, dass die internen Prozesse der Gemeindeverwaltung komplett digital ablaufen und hybride Formen vermieden werden: Eine doppelte Aktenführung – einmal online mithilfe der E-Akte sowie einmal analog mithilfe ausgedruckter Handakten – verdoppelt im schlimmsten Fall den Arbeitsaufwand und sorgt für unnötige Arbeitsschritte. Natürlich muss den Bürgerinnen und Bürgern neben den digitalen Antragsprozessen auch weiterhin die Papierform angeboten werden.

Dem Einsatz von digitalen Bearbeitungsprozessen sind fast keine Grenzen gesetzt; die Möglichkeiten für automatisierte Verwaltungsvorgänge sind zahlreich. Vorgänge, die früher der Papierform bedurften, kann ein Gemeindemitarbeiter heute vollkommen digital abbilden und durchführen.

Sind alle Arbeitsschritte einmal konsequent digitalisiert, beschleunigen sich sämtliche Verwaltungsabläufe. Meist genügt ein Klick, und die Software startet den Bearbeitungsprozess, erzeugt und speichert Dateien, verschickt E-Mails oder erstellt Briefe. Zusätzlich ist jederzeit nachvollziehbar, wie der Bearbeitungsstand ist und wer den Vorgang gerade bearbeitet oder zuletzt bearbeitet hat. Das aufwendige Suchen von verlegten Akten unter Aktenstapeln entfällt. Das schont die Nerven des Gemeindepersonals – und auch die der Bürgerinnen und Bürger.

Wir Freie Demokraten möchten das papierlose und bürgerfreundliche Büro fördern. Wir sind ebenso bereit, für die notwendigen Investitionen zu sorgen.

In vielen klein- und mittelständischen Unternehmen sowie allen Konzernen sind softwaregestützte Arbeitsabläufe schon lange etabliert. Nun sollte auch endlich das „papierlose Büro“ in die öffentliche Verwaltung Einzug halten. Das Know-how ist in Deutschland schon lange vorhanden.

Ferner hätte eine papierlose Verwaltung auch den Charme eines geringeren Ressourcenverbrauchs: Indem die Gemeinde Energie, Wasser und Papier spart, verbessert sich auch ihr ökologischer Footprint deutlich.

2.3 Der Bürger im Mittelpunkt

Um die Akzeptanz von Online-Dienstleistungen zu erhöhen, muss die Digitalisierung der Behörden aus Sicht der Nutzer gedacht werden.

Als wesentliche technische Hürde erweist sich die Schnittstelle zwischen Bürger und Verwaltung. Bislang sind E-Government-Basisdienste nicht oder nur unzureichend in die Online-Applikationen der Bürgerämter eingebunden. Dies trifft besonders auf elektronische Bezahlungsmöglichkeiten (E-Payment) zu.

Es ist ein klarer Vorteil des volldigitalen Weges, dass er sogenannte Medienbrüche vermeidet. Solche Medienbrüche entstehen, wenn Behörden mehrere Medien wie das Papierformular und den Datenbankeintrag für denselben Vorgang verwenden. Medienbrüche verlangsamen die Übertragung von Informationen. Sie bremsen die Effizienz der Verwaltung. Die Vorteile des volldigitalen Weges könnten viele Bürgerinnen und Bürger überzeugen, die analogen Pfade zu verlassen. Erst wenn man sein Anliegen komplett vom heimischen Schreibtisch aus oder mit dem Mobiltelefon erledigen kann, treten die ganzen Vorteile der digitalen Lösung zutage.

Die Digitalisierung erfordert nicht nur ein Umdenken in vielen Unternehmen – auch Verwaltungen und Öffentlicher Dienst spüren den Wandel: Wie von kommerziellen Anbietern im Internet erwarten die Bürgerinnen und Bürger auch von der öffentlichen Verwaltung eine unkomplizierte Kommunikation über den bequemen elektronischen Weg. Eine hohe Reaktionsgeschwindigkeit samt Status-Updates und eine schnelle Bearbeitung wird erwartet. Schließlich ist der Bürger für andere Dienstleistungen längst nicht mehr an Öffnungszeiten gebunden, sondern kann viele Services 24 Stunden am Tag in Anspruch nehmen.

Die FDP Mainhausen möchte die Digitalisierung in unserer Verwaltung weiter vorantreiben. Wir stehen für Investitionen in die Hardware wie Laptops sowie die Software der Gemeinde. Damit könnten auch die Möglichkeiten für Home-Office-Arbeitsplätze geschaffen werden.

Indem wir die Verwaltung modernisieren, steigern wir sowohl die Attraktivität der Gemeinde als Arbeitgeber als auch die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

2.4. Rathausneubau

Beide Rathausgebäude in unseren Ortsteilen sind in die Jahre gekommen und dringend sanierungsbedürftig. Zusätzlich besteht seit Jahrzehnten der Wunsch, die Verwaltung an einem Ort zusammen zu legen.

Die Kostenschätzung hat ergeben, dass die Sanierungskosten für beide Gebäude im Vergleich zu einem Neubau auf ähnlichem Niveau liegen. Daher wurde beschlossen, beide Rathäuser mittelfristig zu schließen, das Rathaus Mainflingen zu verkaufen und ein Bürgerbüro in Mainflingen einzurichten. Im Gegenzug soll in Zellhausen zukünftig ein Neubau neben dem Bürgerhaus die komplette Verwaltung beherbergen.

Die grobe Planung ist schon erfolgt und erste Gespräche mit der Baubehörde haben bereits stattgefunden.

Neben einem Rathausneubau in Eigenregie ist für uns Freie Demokraten auch eine Lösung mit einem Investor denkbar. Hierbei übernehme ein Investor den Bau auf einem gemeindeeigenen Grundstück und würde diesen anschließend an die Gemeinde vermieten. Das würde den Haushalt der Gemeinde deutlich entlasten. Hierdurch würden Investitionsmittel frei, wie z. B. für eine neue Sporthalle, Investitionen in unsere Straßen, Sportfelder, den Ausbau des Radwegenetzes oder die Förderung der Elektromobilität.

Die FDP Mainhausen bevorzugt die Lösung eines Rathausneubaus. Grundlage für diesen Weg ist jedoch, dass die Verwaltung ein Anforderungsprofil für ein Gebäude erarbeitet, aus dem hervorgeht, wie viele Arbeitsplätze untergebracht werden müssen und welche Nebenräume notwendig sind, damit die Verwaltung zeitgemäß arbeiten kann und dennoch sparsam mit dem Flächenverbrauch umgeht.

2.5. Unsere Vision: das Rathaus als moderner Dienstleister

- Eine Zukunft mit papierlosem Büro
- Onlinezugang für den Bürger über PC, Tablet oder Smartphone
- Online-Bezahlmethoden (E-Payment)
- Schnelle und nachvollziehbare Verwaltungsprozesse
- Die Verwaltung als moderner Arbeitgeber
- Ein Arbeitgeber, der Home-Office ermöglicht
- Ein zentraler Verwaltungsstandort mit modernen Arbeitsplätzen
- Ein attraktives und zukunftssträchtiges Mainhausen

3. Gesucht: Ein Wirtschaftsförderer (m/w/d) für Mainhausen

Die Corona-Pandemie hat die Region Offenbach wirtschaftlich stark getroffen. Nur langsam hellen sich die Aussichten für Unternehmen und Arbeitnehmer wieder auf. Die aus der Pandemie resultierenden Unsicherheiten und der beschleunigte Strukturwandel werden Mainhausen auch in den kommenden Jahren prägen. Die Freien Demokraten stehen für eine mutige liberale Politik, die die absehbaren wirtschaftlichen Probleme entschlossen angeht.

Es ist unabdingbar, dass die Gemeinde Mainhausen sowohl ortsansässige Unternehmen bestmöglich unterstützt als auch dafür Sorge trägt, neue Investitionen, Gewerbeansiedlungen und Gründungen zu ermöglichen.

3.1. Wirtschaftsförderung aus einer Hand – die Gemeindeverwaltung als Partnerin der Unternehmen

Wir Freie Demokraten möchten deshalb endlich eine eigene Stabsstelle eines Wirtschaftsförderers/einer Wirtschaftsförderin schaffen, die direkt dem Bürgermeister zuarbeitet. Diese bisherige Teilzeitstelle sollte möglichst in Vollzeit oder vollzeitnah (30 Stunden pro Woche) ausgefüllt werden. Für bestehende und künftige Mainhäuser Unternehmen ist es essentiell, dass sie für alle Belange eine einzige Person als zentralen und dauerhaften Ansprechpartner in der Gemeindeverwaltung finden.

Warum benötigen wir eine solche Wirtschaftsförderung? Die Freien Demokraten wollen den Wirtschaftsstandort Mainhausen stärken, um weiterhin ausreichende Gewerbesteuererinnahmen zu generieren. Diese stagnierten in den letzten Jahren und werden infolge der Corona-Pandemie voraussichtlich weiter sinken. Bestmögliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind daher nötig. Denn nur mit stabilen Gewerbesteuern bewahren wir in Zukunft einen handlungsfähigen Haushalt, um die wachsenden kommunalen Sozialausgaben und beschlossene oder neue Investitionen zu finanzieren: Der Ausbau der Kinderbetreuung, eine Infrastruktur für klimaneutrale Mobilitätskonzepte und der Rathausneubau – all dies wird nur möglich sein, wenn wir die Finanzlage der Gemeinde dauerhaft verbessern.

Darüber hinaus wollen wir den Unternehmergeist in Deutschland grundsätzlich fördern: Immer weniger junge Menschen trauen sich zu, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Immer mehr kleine- und mittelständische Unternehmen haben Probleme, Nachwuchs für die

Geschäftsleitung zu finden oder das Unternehmen an die nächste Generation weiterzugeben. Die Wirtschaftsförderung leistet einen Beitrag dazu, die Perspektiven für die Unternehmenslandschaft in Mainhausen deutlich zu verbessern. Wir wollen die Wirtschaft fördern, nicht den Verdruss: Die FDP setzt sich dafür ein, dass Firmen und Selbständige der Zukunft optimistischer entgegenblicken können als heute.

Wie sieht eine solche Wirtschaftsförderung konkret aus? Als Vorbild dienen uns vergleichbare und bewährte Konzepte in Offenbach oder Seligenstadt: Die Wirtschaftsförderung muss den Unternehmen einen lösungsorientierten Service bieten, schnell und gut erreichbar sein, die Zuverlässigkeit politischer Entscheidungen garantieren und ein ganzheitliches Denken an den Tag legen. Sie muss den Kontakt zu Firmen, Selbständigen und Neugründern proaktiv suchen und intensiv pflegen. Ebenso wichtig sind ein intelligentes und vorausschauendes Ansiedlungsmanagement sowie Standortmarketing, damit Handel, Handwerk und Gewerbe beste Bedingungen für ihre Tätigkeiten vorfinden. Wir fordern einen regelmäßigen Austausch und gemeinsame Veranstaltungen von Politik, Verwaltung und Unternehmen, um den beruflichen Nachwuchs vor Ort zu fördern. Auch hier wird die Wirtschaftsförderung konzeptionell tätig sein.

Das Ziel der FDP Mainhausen ist klar: Die neue Wirtschaftsförderung gewährleistet allen Unternehmen und Gründern eine einfache und bürokratiearme „Hilfestellung aus einer Hand“. Sie hilft mit neuen Veranstaltungsformaten dabei, jungen Menschen eine Ausbildungschance zu geben, damit sie in Mainhausen arbeiten und leben können.

3.2. Für eine Haushaltspolitik, die rechnen kann

Wir Freie Demokraten stehen vor Ort für eine Politik, die rechnen kann. Erst denken, dann ausgeben, ist unser Motto. Nur wenn wir auch auf Gemeindeebene sparsam sind, schaffen wir es, nicht noch weitere Schuldenberge aufzutürmen, sondern bestehende Berge abzubauen. Das schulden wir auch unseren Kindern und Enkelkindern. Wir denken in Generationen, nicht in Amtsperioden. Mit Ihren Steuern und Gebühren wollen wir sparsam umgehen. Wir sprechen uns klar gegen Steuererhöhungen aus. Kommunale Kassen brauchen kluge Rechner. Dafür stehen wir bereit. Dafür wollen wir eine schlanke und effiziente Gemeindeverwaltung, die nur tätig werden soll, wenn Private etwas nicht tun können.

4. Vereint für Vereine und Kultur – mit und nach Corona

Kultur- und Sportvereine prägen besonders in Mainhausen die Vereinslandschaft. Für unsere Kommune sind diese Vereine unverzichtbar. Sie tragen kulturelles und gesellschaftliches Zusammenleben, stehen für Integration und Inklusion und bringen Jung und Alt zusammen.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnten fast alle Feste und Veranstaltungen der Vereine im Jahr 2020 nicht stattfinden. Zusammenkünfte wie Trainings-, Übungs-, Probe- oder Gesangsstunden waren eingeschränkt oder gänzlich untersagt. Die Einschränkungen des privaten und gesellschaftlichen Lebens führen nicht zuletzt bei Vereinen und Kultureinrichtungen zu finanziellen Zwängen und drohenden Schieflagen. Ihnen fehlen Einnahmen, da Veranstaltungen und Übungsstunden ausfallen, aber auch, weil Mitgliedsbeiträge zurückgehen. Zugleich bestehen vielfach finanzielle Verpflichtungen. All dies bedroht unsere Vereine.

Besonders durch die Übernahme von gesellschaftlichen Aufgaben sind unsere Vereine für die Kommune unersetzlich. Für uns Freie Demokraten steht daher außer Frage, dass wir als Kommune unsere Vereine unterstützen und weiter fördern müssen.

4.1. Kommunale Vereinsförderung: fair und finanziell verantwortbar

Damit die Gemeinde die Vereinsförderung aufrechterhalten kann, muss sie einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Die Kommunalaufsicht setzt hier enge rechtliche Grenzen. Bei defizitären Haushalten wird die Vereinsförderung, die überwiegend eine freiwillige Leistung darstellt, durch die Kommunalaufsicht stark eingeschränkt. Wir Freie Demokraten sehen es daher als unsere kommunale Pflicht an, maßvoll zu wirtschaften und damit unsere Vereine nicht weiteren finanziellen Risiken auszusetzen.

Vereine und Kulturschaffende leben von den Veranstaltungen, die sie organisieren und anbieten. Daher setzen wir Freie Demokraten neben der finanziellen Unterstützung auch auf praktische Hilfen für unsere Vereine. Für das anstehende Frühjahr und den folgenden Sommer 2021 benötigen wir unbürokratische und schnelle Genehmigungen, um Bühnen im Freien oder alternative Konzepte unter freiem Himmel zu ermöglichen. Voraussetzung ist, dass Hygienemaßnahmen eingehalten und Abstandsregelungen gewahrt werden können. Der Schutz für Besucher und Veranstalter muss gewährleistet sein. Wir fordern daher, dass sich

die Gemeinde im Sinne einer bürgernahen Verwaltung als Partnerin der Kulturschaffenden versteht und Lösungen aufzeigt.

Ebenso müssen sportliche Aktivitäten, soweit Hygienepläne umgesetzt werden können, auf unseren Sportanlagen und an unseren Seen wieder möglich sein.

Kultur findet vor Ort in den Kommunen statt und ist Ausdruck regionaler Identität. Als Freie Demokraten erkennen wir die Kultur- und Kreativwirtschaft als bedeutenden Teil unserer Gesellschaft an. Eine wichtige Rolle spielt hierbei auch das Vereinsleben mit seinem ausgeprägten ehrenamtlichen Engagement. Als wichtiger Pfeiler von Kultur- und Bildungsinitiativen muss die Kommune dieses Engagement wertschätzen und finanziell wie ideell unterstützen.

Ob es private Anbieter sind oder ein kommunales Angebot ist, macht für uns keinen Unterschied. Kultur muss sich frei von Einflüssen jeglicher Art entwickeln dürfen. Die Finanzierung der Einrichtungen lässt sich in den wenigsten Fällen kostendeckend gestalten. Wir wollen daher das bürgerliche Engagement stärker fördern.

Kulturvermittlung fängt bei den Kleinsten an. Kooperationen zwischen Schulen und Anbietern kultureller Angebote sollten weiter ausgebaut werden. Hierbei geht es um Theater- und Museumsbesuche, aber auch Kooperationen mit unseren Vereinen, wie den Gesangs- und Musikvereinen, den Sportvereinen und dem Heimat- und Geschichtsverein. Unser Nachwuchs soll selbst kulturell aktiv und erfinderisch werden können.

5. Senioren wollen Selbstbestimmung

Wir Freie Demokraten sehen das Engagement für Seniorinnen und Senioren als einen wertvollen Bereich unserer kommunalpolitischen Arbeit an. In Mainhausen besteht bereits ein gutes Miteinander zwischen den Generationen, das wir weiter ausbauen und stärken möchten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, bei der Kommune einen Seniorenbeirat einzurichten.

Durch die Verringerung der Lebensarbeitszeit und die höhere Lebenserwartung spielt die nachberufliche Lebensphase eine immer größere Rolle. Die heutigen Seniorinnen und Senioren möchten ihre Zeit aktiv und selbstbestimmt gestalten. Die Lebensphase Alter ist jedoch individuell unterschiedlich. Viele Seniorinnen und Senioren benötigen Hilfe- und Pflegeleistungen. Insofern müssen ältere Menschen differenziert betrachtet werden.

Aktive und engagierte ältere Menschen können ihre Lebenserfahrung positiv in das Gemeinwesen einbringen. Es können Patenschaften zwischen Kitas, Schulen und den aktiven Seniorinnen und Senioren geschlossen werden.

5.1. Digitale Medienbildung für ein modernes Miteinander

Durch die derzeitige Pandemie und die daraus entstehenden Einschränkungen im Zusammenleben ist die Digitalisierung aktueller und wichtiger denn je. Nur in digitaler Form sind Begegnungen möglich, die den Gesundheitsschutz vor allem älterer Menschen nicht gefährden. In Zeiten der strengen Quarantäne, z. B. in Pflegeheimen, waren Seniorinnen und Senioren teilweise wochenlang von ihren Angehörigen getrennt. Hierbei dienten die digitalen Medien als wertvolle Verbindung zu Familienmitgliedern. Die Corona-Pandemie zeigt zugleich, wie wichtig der sichere Umgang mit digitalen Medien geworden ist. Wir Freie Demokraten fordern, dass die Gemeinde das Informationsangebot zur Nutzung digitaler Medien verbessert und Unterstützer wie den „Digitalen Engel“ des Bundesseniorenministeriums nach Mainhausen einlädt. Im November 2019 hat das Bundesseniorenministerium den Startschuss für die Deutschlandtour des Projekts „Digitaler Engel – sicher, praktisch, hilfsbereit“ gegeben. Mehr als 2,5 Jahre fahren die digitalen Engel mit dem Bus durch Deutschland, um ältere Menschen über die Nutzung der digitalen Technik zu informieren, Kompetenzen zu vermitteln und Berührungängste abzubauen.

Alle älteren Menschen unserer Gemeinde sollen die Möglichkeit haben, jederzeit in Verbindung zu bleiben. Wir wollen Mut machen, Neues zu lernen. Für ein modernes Miteinander.

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen – dafür steht die FDP Mainhausen.

6. Moderne Kitas und Schulen für beste Chancen

6.1. Bildung für alle Generationen

Für uns Freie Demokraten steht das Menschenrecht auf Bildung auch in Pandemiezeiten nicht zur Diskussion. Von der Kita bis zur Hochschule müssen junge Menschen dazu befähigt werden, selbstbestimmt leben zu können. Bildung bedeutet Freiheit – die Freiheit, das eigene Leben zu gestalten.

In der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass vielfach der Gesundheitsschutz gegen das Recht auf Bildung abgewogen werden musste. Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass neben der Wahrung des Gesundheitsschutzes auch das Recht auf Bildung Priorität haben muss. Chancengerechtigkeit muss jederzeit gewahrt bleiben. Die Corona-Krise darf nicht zur Bildungskrise werden.

6.2. Kindertagesstättenausbau in Mainhausen: Klug planen, langfristig nutzen

Jedes Kind in unserer Gesellschaft muss die Chance haben, sich zu einem mündigen, selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Menschen zu entwickeln. Aus diesem Grund richten wir unser besonderes Augenmerk auf die Arbeit in den Kindertagesstätten. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder nicht nur betreut werden, sondern beste Bildung erhalten. Denn frühkindliche Bildung ist nachweislich der beste Garant für eine erfolgreiche Ausbildung und für ein möglichst selbstbestimmtes Leben. Der Anspruch unserer Gesellschaft muss es sein, jedes Kind schon in der Kita entsprechend seinen individuellen Bedürfnissen, Begabungen und Fähigkeiten zu begleiten, zu fördern und zu unterstützen.

Immer mehr Eltern sind darauf angewiesen, möglichst schnell und vor allem planbar ins Berufsleben zurückzukehren. Unweigerlich nimmt in jeder Familie der Bedarf nach Betreuung weiter zu: Sowohl Betreuungsplätze als auch Betreuungsstunden pro Tag werden immer mehr nachgefragt. Diese Entwicklung sehen wir auch in Mainhausen. Zusätzlich erhöht der Zuzug neuer Mitbürger in das Neubaugebiet „Mainfächer“ die Anforderungen an die Bedarfsplanung. Und schon heute müssen wir zudem die Entwicklungen rund um das in Planung befindliche Gebiet „Zellhausen Süd“ im Auge behalten.

Beide Neubaugebiete lassen den Betreuungsbedarf zeitweise sprunghaft ansteigen. Die Erfahrung zeigt aber: Auch Neubaugebiete überaltern langfristig. Das heißt für uns als

Kommune, dass wir zwar kurz- bis mittelfristig einen erhöhten Betreuungsbedarf haben, dieser jedoch infolge des demographischen Wandels langfristig sinkt. Für uns Freie Demokraten ist daher klar, dass wir auch dieser Entwicklung Rechnung tragen müssen: Die Planungen zur Kita „Mainfächer“ müssen schnellstens abgeschlossen werden; der Bau sollte möglichst rasch beginnen. Sobald sich der Betreuungsbedarf verringert, muss das Gebäude allerdings für eine alternative Nutzung zur Verfügung stehen. Wir Freie Demokraten fordern, künftige kommunale Bauvorhaben so zu planen, dass sie immer auch alternativ genutzt werden können. Mit der Baueigenschaft „Alternativnutzung“ gewährleisten wir, dass die Gemeinde Mainhausen ihre öffentlichen Gebäude dauerhaft und flexibel nutzen kann.

Wie können wir die Bedarfsspitzen, die durch die Neubaugebiete entstehen, konkret abfangen? Wir Freie Demokraten begrüßen es, dass die Kita „Pustebume“ übergangsweise im Kilianushaus Mainflingen untergebracht ist. Mit Blick auf das Neubaugebiet „Zellhausen Süd“ und mögliche Sanierungen der bestehenden Kitas fordern wir, die Kita „Pustebume“ im Kilianushaus mittelfristig zu betreiben. Schon heute sollte Aussicht nach einer weiteren Liegenschaft – bestenfalls im Ortsteil Zellhausen – gehalten werden, um dort ähnlich wie im Kilianushaus kurzfristige Bedarfsspitzen abzudecken.

6.3. Betreuungseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen

Es ist unerlässlich, dass der Bund und das Land Hessen mit uns Kommunen eng zusammenarbeiten, um die Betreuungskapazitäten zu erhöhen. So unterstützen wir die Kleinsten in unserer Gesellschaft mit hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangeboten – und zugleich die Familien, die ihren Alltag flexibler gestalten können. Familien sollten genau das Betreuungsangebot wählen können, welches sie wollen und brauchen. Hierzu gehört auch der Einsatz von Tagesmüttern und -vätern.

Doch neue Gebäude für Kita und U3-Betreuung allein schaffen keine weiteren Betreuungsplätze. Denn für den Ausbau der Betreuungskapazitäten fehlen zunehmend gut qualifizierte Fachkräfte. Der Fachkräftemangel in den Kindertagesstätten wird eines der drängendsten Probleme der nächsten Jahre sein. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für eine flächendeckende Ausbildungsvergütung ein, um motivierte und gut qualifizierte Menschen davon zu überzeugen, eine Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher zu beginnen.

Alle Kinder ab dem dritten Lebensjahr sollen – sofern erforderlich – eine angemessene Sprachförderung erhalten. Hierzu müssen die Träger der Einrichtungen gemeinsam mit der jeweiligen Jugendhilfe auf die Eltern einwirken, damit sie die staatlichen Angebote annehmen.

6.4. Was die Schulpolitik aus der Pandemie lernen muss

Eine moderne Ausstattung und angemessene Unterrichtsräume sind entscheidend, damit unsere Schulen dauerhaft leistungsfähig sind. Mainhausen und der überwiegende Teil des Landkreises Offenbach verfügen zwar bereits seit längerem über sanierte und neue Schulgebäude. Dennoch sollte der Kreis als Schulträger mehr leisten, als nur weitere Mängel zu beseitigen. Die zunehmende Ganztagsbetreuung, die Nachfrage nach Inklusion, die digitale Ausstattung sowie offene Lehr- und Lernarrangements – all diese Anforderungen müssen räumlich berücksichtigt werden. Der Schulentwicklungsplan muss diesen Bedarfen gerecht werden.

Die Corona-Krise hat aufgezeigt, wie dringend der Nachholbedarf der Schulen im Bereich des digitalen Lernens ist. Um die digitale Infrastruktur der Schulen sinnvoll auszubauen, benötigen die Schulen fortlaufend aktualisierte und evaluierte Medienentwicklungspläne, also Konzepte, wie die verfügbaren Mittel aus dem Digitalpakt ausgegeben werden. Wir Freie Demokraten wollen die Unterstützungsangebote ausweiten, mit denen die Schulen ihre Medienentwicklungspläne erstellen. Um den Digitalpakt erfolgreich umzusetzen, müssen unsere Schulen vom Land Hessen und dem Kreis Offenbach als Schulträger ausreichend Unterstützung erhalten.

6.5. Unsere Aufgabe als Gemeinde: Kreis- und Schulumlage kritischer prüfen

Der Landkreis Offenbach hat die Digitalisierung verschlafen. In den vergangenen Jahren hat die Kreistagsmehrheit die Antragsinitiativen der FDP-Fraktion zu Digitalisierungsmaßnahmen an unseren Schulen nur verwässert beschlossen oder sogar abgelehnt. Zugleich ist die Kreis- und Schulumlage an den Kreis Offenbach der mit Abstand größte Ausgabeposten des Mainhäuser Gemeindehaushalts. Als Kommune müssen wir den Landkreis bei den Ausgaben für unsere Schulen kritischer begleiten. Der Landkreis darf sich nicht aus der Verantwortung für die Digitalisierung und die Weiterentwicklung unserer Schulen stellen.

Gerade das Home-Schooling in Pandemiezeiten zeigt die Versäumnisse der vergangenen Jahre. Zwar verfügen wir inzwischen in Mainhausen dank eines flächendeckenden Glasfasernetzes über schnelles Internet. Dieses nützt aber alleine wenig ohne entsprechende Bildungsangebote. Die Bildungspolitik muss sich daher aus Sicht der Freien Demokraten der Digitalisierung weiter öffnen. In normalen Zeiten können wir mit digitalen Lernangeboten die Schülerinnen und Schüler individuell besser fördern. Zugleich darf Digitalisierung aber nicht zum Selbstzweck des Unterrichts werden. Der Präsenzunterricht ist durch nichts zu ersetzen; für den Bildungserfolg kommt es auf jeden Lehrer an. Digitale Geräte und Medien müssen dort eingesetzt werden, wo sie nachweislich das Verstehen fördern.

Daher fordern wir, dass unsere Schulen über eine arbeitsfähige digitale Infrastruktur verfügen müssen. Alle Schulen im Landkreis müssen mit WLAN versorgt werden. Zudem benötigen Schülerinnen und Schüler angemessene digitale Endgeräte. Schüler, die aus wirtschaftlichen Gründen keinen Zugang zu solchen Geräten haben, sollten finanziell unterstützt werden. Je nach Situation kommt auch die Zuteilung von Leihgeräten in Betracht. Für datenschutzkonformes und sicheres digitales Arbeiten müssen auch Lehrkräfte mit einem Endgerät oder einem Secure Bootstick ausgestattet werden.

Alle Schulen müssen an eine Lehr- und Lernplattform angeschlossen sein. Dabei können die Schulen aus einem Angebot von datenschutzkonformen Plattformen wählen, solange diese die Mindeststandards des hessischen Schulportals erfüllen. Die Ausstattung mit Lehr- und Lernplattformen sichert den Unterricht auf Distanz unter anderem durch Live-Unterricht per Videokonferenz und die Bereitstellung von Feedbackkanälen. Um mit Lehr- und Lernplattformen angemessen arbeiten zu können, benötigen Lehrerinnen und Lehrer ausreichende Schulungs- und Fortbildungsangebote.

Digitale Bildung an hessischen Schulen gelingt nur mit einem professionellen IT-Support auf Basis fester Standards. Lehrerinnen und Lehrer müssen von der Aufgabe des IT-Supports entlastet werden, um sich wieder auf ihre pädagogischen Kernaufgaben konzentrieren zu können.

Die Digitalisierung im Bildungsbereich ist auch für die berufliche Ausbildung junger Menschen ein unverzichtbarer Bestandteil. Für die bessere Suche nach Ausbildungsplätzen sollte unsere

Gemeinde mit den anderen Kreiskommunen digitale Ausbildungsmessen mit den Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern erarbeiten und durchführen.

Auch jenseits der digitalen Infrastruktur stehen wir Freie Demokraten für eine moderne Ausstattung unserer Schulen. Zwar findet sich in Zellhausen mit der Käthe-Paulus-Schule ein modernes Schulgebäude. Die Schule verfügt jedoch über keine eigene Sporthalle. Die Freien Demokraten fordern daher den Kreis Offenbach dazu auf, Planungen für eine Sporthalle am Schulstandort voranzutreiben. Diese würde nicht nur der Schule und der Betreuung nutzen, sondern könnte unter Beteiligung der Gemeinde auch Entwicklungschancen für unsere Vereine ermöglichen. Neben der baulichen Erweiterung mit Sporthalle muss auch die Betreuungssituation im Blick gehalten werden. Auch die Kinder an unseren Grundschulen erhalten in den nächsten Jahren das Recht auf Ganztagsbetreuung. Dies wird zu einer besonderen Herausforderung für unsere Kommune. Wir müssen unsere Grundschulen und die Betreuungsvereine, die durch bürgerliches Engagement Außerordentliches zum Wohle unserer Gemeinde leisten, bestens unterstützen und fördern.

7. Umweltengagement kommunal? Natürlich liberal

Nachhaltigkeit geht jeden an. Die Klimakrise zeigt uns allen, was auf dem Spiel steht. Das Engagement unserer Gemeinde gegen die Giftmülldeponie hat schon in der Vergangenheit gezeigt: Mainhäuser haben Mut – und den Willen, sich den ökologischen Herausforderungen der Gegenwart zu stellen.

Der Natur- und Umweltschutz verbindet die Nutzung der Umwelt durch den Menschen mit dem Schutz und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Artenvielfalt. Die Geschichte artenreicher Kulturlandschaften zeigt, dass sich Ökonomie und Ökologie nicht gegenseitig ausschließen, sondern zusammengehören. Unser Ziel ist ein nachhaltig lebenswertes Mainhausen.

Auf kommunaler Ebene möchten wir Freie Demokraten die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für die Bereiche Umwelt-, Tier- und Klimaschutz stärker fördern. Eigenverantwortliche Maßnahmen vor Ort leben von interessierten, engagierten und informierten Bürgerinnen und Bürgern. Wir Freie Demokraten stehen für neue Ideen und individuelle Lösungen vor Ort sowie für eine wissenschaftliche Entwicklung und Begleitung neuer Konzepte.

7.1. Liberale Klimapolitik

Als Freie Demokraten wollen wir die Zukunft unserer Kinder durch nachhaltiges Wirtschaften sichern, unsere Ressourcen verantwortungsvoll nutzen und schonend mit unserer Umwelt umgehen. Für uns beginnt Klimaschutz vor der eigenen Haustür. Jeder Einzelne kann dazu beitragen, den „menschlichen Fußabdruck“ auf unserem Planeten so gering wie möglich zu halten.

Als Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft bekennen wir uns zum Verursacherprinzip und wollen diejenigen, die überdurchschnittlich stark zur Belastung unserer Umwelt beitragen, auch dafür zahlen lassen. Deshalb sehen wir in der CO₂-Bepreisung den Schlüssel, um den Ausstoß von Treibhausgasen nachhaltig zu verringern. Zusätzliche Belastungen von Verbrauchern und Unternehmen durch Steuern, Abgaben und Umlagen lehnen wir ab. Wir streben eine ökologische Marktwirtschaft an, die das Klima ökologisch wirksam und ökonomisch effizient schützt. Dabei setzen wir auf neue Technologien, an denen vielerorts

schon heute geforscht wird. Wir Freie Demokraten sind grundsätzlich für jede Idee und jede Technologie offen, die einen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Bei der Entwicklung neuer Baugebiete sollen Bauherren durch kommunale Satzungen und Auflagen keine neuen Steine in den Weg gelegt werden. Wir Freie Demokraten setzen uns für Technologieoffenheit bei der Wahl der Wärmeerzeugungsanlage ein. Oberstes Ziel ist die Einsparung von Treibhausgasen. Ob diese Einsparung jedoch durch z. B. eine moderne Wärmepumpenanlage, ein Kalt-Wärme-Netz, einen Eisspeicher oder eine effiziente Holzpelletanlage erreicht wird, hängt von den örtlichen Gegebenheiten ab und ist deshalb individuell zu entscheiden. Einseitige Förderungen von bestimmten Energiesystemen lehnen wir ab, um so die CO₂-Einsparung flexibler und breitflächiger voranzutreiben.

7.2. Der Wald als Lebensgrundlage Mainhausens

Der Wald ist eine wesentliche Lebensgrundlage für uns alle. Mit gut 40 Prozent nimmt er den größten Teil der Gemarkungsfläche Mainhausens ein. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass unser Grundwasservorkommen schonend bewirtschaftet wird und sauber bleibt. Nassbiotope, intakte Gewässer und Grundwasserwälder sichern die kommunale Wasserversorgung, unsere Gesundheit und die Artenvielfalt. Der Wald filtert und speichert Wasser, das wir als Trinkwasser nutzen, produziert den Sauerstoff, den wir zum Atmen brauchen, und bindet klimaschädliches CO₂. In Form von Holz bietet er einen wesentlichen Baustoff für unsere Häuser, sichert Arbeitsplätze und bietet den Tieren Schutz und Heimat.

Die fatale Kombination aus Dürrejahren, Schädlingsbefall und Sturmschäden aus den Vorjahren hat den Wald in einen verheerenden Zustand versetzt. Damit einhergehend sind eine Überproduktion von Holz und folglich ein drastischer Preisverfall. Private Waldbesitzer, das Land als größter Waldbesitzer, aber auch wir als Kommune, die Wald besitzt, sind von dieser Problematik betroffen. Auch wenn die Erträge sich erst in vielen Jahrzehnten einstellen, führt kein Weg daran vorbei, bereits jetzt aufzuforsten.

Wir setzen uns für eine schnellstmögliche Aufarbeitung des Schadholzes in unseren kommunalen Waldgebieten ein und wollen den betroffenen Wald – im Rahmen der Möglichkeiten der Kommune – wiederherstellen. Dazu sollen nach aktuellem Stand der Forschung gegebenenfalls auch zukunftsfähige und klimaresistente Baumarten neu gepflanzt werden können.

Wir Freie Demokraten setzen uns grundsätzlich für eine Abschaffung von Bagatellsteuern ein, deren Einnahmen mit unangemessen hohen Verwaltungskosten verbunden sind. Die für den Naturschutz wichtigen Aufgaben im Bereich der Pflege von Jagdrevieren sind anspruchsvoll und mit zunehmendem Aufwand verbunden. Wir möchten, dass nicht auch diese Aufgaben der öffentlichen Hand zufallen und von den Kommunen getragen werden müssen.